



Berlin, 8. Juli 2010

Friedrichstraße 169/170
D-10117 Berlin

Verantwortlich
Sandra Hennig

Telefon 030.4081-5510
Telefax 030.4081-5599
post@dbbj.de
www.dbbj.de

Gespräch mit Kai Gehring, jugendpolitischer Sprecher Bü90/Grüne:

Gebietskörperschaften sind in der Pflicht

Im Gespräch mit Kai Gehring, dem jugendpolitischen Sprecher der grünen Bundestagsfraktion, am 8. Juli 2010 in Berlin stellte dbb jugend-Vize Thomas Löwe klar, dass mit Blick auf die Pensionszahlungen für Bundes, Landes- und Kommunalbeamte die Gebietskörperschaften in der Pflicht seien: „Wenn die Länder und der Bund es versäumen, hinreichende Rücklagen zu bilden, können sicher nicht die Beamtinnen und Beamten die Leidtragenden sein.“ Kai Gehring stimmte im Ergebnis zu. Löwe erläuterte am Beispiel der bestehenden kommunalen Versorgungsverbände, dass Lösungen zur dauerhaften Finanzierbarkeit der Beamtenversorgung möglich sind. Die Kommunen hätten diese Fragen frühzeitig erkannt und sich darum gekümmert.

Kai Gehring stimmte mit der dbb jugend überein, dass eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für ehrenamtlich Tätige angezeigt ist. Er nannte es erforderlich, dass eine Anerkennungskultur geschaffen wird, die auch non-formale Qualifikationen aus ehrenamtlicher Tätigkeit berücksichtigt.

Zu der gegenwärtigen Reformierung des Ausbildungsberufes „Fachangestellte oder Fachangestellter für Bürokommunikation“ bestand Übereinstimmung, dass es dringend erforderlich ist, dieses Berufsbild dahingehend zu verändern, dass die Absolventen bei fehlender Einstellung im öffentlichen Dienst auch in der freien Wirtschaft eine Anstellung finden können.

pressediens